

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Omid Nouripour, Margarete Bause, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/20040 –**

Humanitäre Katastrophe in Idlib stoppen

A. Problem

Der Angriff der von Russland sowie durch dem Iran nahestehende Milizen unterstützten syrischen Armee auf die Provinz Idlib, deren Gebiet für mehr als eine Million syrischer Binnenflüchtlinge die letzte nicht vom Assad-Regime kontrollierte Zuflucht auf syrischem Gebiet bedeutete, hat im Dezember 2019 zu der wohl größten humanitären Katastrophe des syrischen Bürgerkrieges geführt und etwa eine Million Menschen in die Flucht an die türkische Grenze getrieben, wo sie in notdürftig errichteten Flüchtlingslagern leben. Das rücksichtslose Vorgehen der syrischen Armee und ihrer Verbündeten, die gezielt zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen unter Beschuss nahmen, hat unermessliches Leid unter der Zivilbevölkerung verursacht, die schon vor der Offensive unter der mit Billigung der Türkei weite Teile der Provinz kontrollierenden islamistischen Miliz Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) zu leiden hatte und in ihrer prekären Lage von Ankara, das in erster Linie auf Wahrung seines Einflusses im Norden Syriens bedacht war, keinen verlässlichen Schutz und Unterstützung erwarten konnte.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich für eine dauerhafte Waffenruhe in der Region einzusetzen, das Vorgehen der syrischen Armee und ihrer Verbündeten zu sanktionieren, diplomatische und humanitäre Initiativen zur Verbesserung der Lage der in der Provinz verbliebenen Bevölkerung wie auch der in die Türkei gelangten syrischen Flüchtlinge zu ergreifen, das türkische Vorgehen in den kurdischen Gebieten im Norden Syriens zu verurteilen und auf ein Ende der Unterstützung islamistischer Milizen durch Ankara hinzuwirken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20040 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Markus Grübel
Berichterstatter

Aydan Özoğuz
Berichterstatterin

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Bijan Djir-Sarai
Berichterstatter

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Markus Grübel, Aydan Özoğuz, Armin-Paulus Hampel, Bijan Djir-Sarai, Sevim Dağdelen und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/20040** in seiner 166. Sitzung am 18. Juni 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Inneres und Heimat, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Angriff der von Russland sowie durch dem Iran nahestehende Milizen unterstützten syrischen Armee auf die Provinz Idlib, deren Gebiet für mehr als eine Million syrischer Binnenflüchtlinge die letzte nicht vom Assad-Regime kontrollierte Zuflucht auf syrischem Gebiet bedeutete, hat im Dezember 2019 zu der wohl größten humanitären Katastrophe des syrischen Bürgerkrieges geführt und etwa eine Million Menschen in die Flucht an die türkische Grenze getrieben, wo sie in notdürftig errichteten Flüchtlingslagern leben. Das rücksichtslose Vorgehen der syrischen Armee und ihrer Verbündeten, die gezielt zivile Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen unter Beschuss nahmen, hat unermessliches Leid unter der Zivilbevölkerung verursacht, die schon vor der Offensive unter der mit Billigung der Türkei weite Teile der Provinz kontrollierenden islamistischen Miliz Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) zu leiden hatte und in ihrer prekären Lage von Ankara, das in erster Linie auf Wahrung seines Einflusses im Norden Syriens bedacht war, keinen verlässlichen Schutz und Unterstützung erwarten konnte.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich für eine dauerhafte Waffenruhe in der Region einzusetzen, das Vorgehen der syrischen Armee und ihrer Verbündeten zu sanktionieren, diplomatische und humanitäre Initiativen zur Verbesserung der Lage der in der Provinz verbliebenen Bevölkerung wie auch der in die Türkei gelangten syrischen Flüchtlinge zu ergreifen, das türkische Vorgehen in den kurdischen Gebieten im Norden Syriens zu verurteilen und auf ein Ende der Unterstützung islamistischer Milizen durch Ankara hinzuwirken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20040 in seiner 129. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20040 in seiner 76. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Abwesenheit der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20040 in seiner 88. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/20040 in seiner 77. Sitzung am 24. März 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung.

Berlin, den 24. März 2021

Markus Grübel
Berichtersteller

Aydan Özoğuz
Berichterstellerin

Armin-Paulus Hampel
Berichtersteller

Bijan Djir-Sarai
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Omid Nouripour
Berichtersteller

